

Für dieses Jahr zeichnet sich in den USA ein ausgeglichener Haushalt ab und für das nächste Jahr ein leichter Überschuß. Das ist insbesondere aus der Sicht vieler kontinentaleuropäischer Länder, die das gesamtstaatliche Defizit im vergangenen Jahr häufig nur mit Hilfe kreativer Buchführung auf die Maastricht-Marke von 3% zu senken vermochten, ein beachtlicher Erfolg. Aber auch die USA hatten eine ähnlich günstige Budgetposition zuletzt vor annähernd 30 Jahren erreicht.

Der Weg zum Haushaltsausgleich war auch für die USA lang, länger als ursprünglich vorgesehen. Ein erster Anlauf, die fiskalischen „Sünden“ der Reagan-Ära zu „tilgen“, wurde mit dem Gramm-Rudman-Hollings-Gesetz im Jahre 1985 unternommen; bis Anfang der neunziger Jahre sollte dies geschehen. Das Defizit im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt stieg aber, auch wegen der Rezession Anfang des Jahrzehnts, weiter und erreichte mit 4,4% im Jahre 1992 einen ausnehmend hohen Stand. Erst danach wurde es in relativ gleichmäßigen Schritten abgebaut, zuletzt sogar erheblich rascher als in dem erst vor einiger Zeit verabschiedeten „Haushaltsausgleichsgesetz“ vorgesehen.

Der Defizitabbau ist durch den langen Konjunkturaufschwung begünstigt, der bereits 1991 eingesetzt hatte; im vergangenen Jahr war dieser sogar besonders kräftig. Unter diesen Umständen hat sich das Wachstum der Leistungsausgaben, unter anderem infolge des Rückgangs der Arbeitslosigkeit auf den niedrigsten Stand seit den sechziger Jahren, stark abgeflacht, und die Steuereinnahmen stiegen überdurchschnittlich. Letztlich ist der Haushaltsausgleich aber das Ergebnis einer nachhaltigen Konsolidierungspolitik. Dazu hat eine Reihe struktureller Reformen beigetragen. Insgesamt erfolgte der Defizitabbau annähernd „symmetrisch“ über die Einnahme- und die Ausgabeseite; dabei sind die USA das OECD-Land mit der niedrigsten Staatsquote. Der Rückgang



Günter Weinert

USA: der lange Weg zum Erfolg

der Ausgabenquote spiegelt insbesondere die budgetäre Nutzung der „Friedensdividende“ wider. Im Gegensatz zu den Aufwendungen für Verteidigung nahmen die übrigen Ausgabenblöcke etwa im gleichen Tempo wie das Inlandsprodukt zu; insbesondere die Dynamik der Sozialausgaben wurde dabei deutlich gebremst.

Die Konsolidierung stand einem nachhaltigen und langen Aufschwung nicht entgegen. Vielmehr wurde er hierdurch offenbar gefördert. Angesichts der chronisch schwachen nationalen Ersparnisbildung konnte so der Kapitalimport zumindest begrenzt werden, auch wenn das Defizit der Leistungsbilanz, früher häufig als „Zwilling“ des Budgetdefizits angesehen, hoch blieb. Vor allem aber wäre das Vertrauen in die Solidität der Finanzpolitik wohl verlorengegangen. Beides hätte anderenfalls ein höheres Zinsniveau nach sich gezogen.

In etwa ausgeglichen ist der amerikanische Haushalt nach konventioneller Budgetbetrachtung. Zu kurz kommt dabei indes die längerfristige Perspektive. Auch die amerikanische Gesellschaft altert. Die Abgaben zur Rentenversicherung werden schon bald hinter den entsprechenden Leistungen zurückbleiben. Leistungseinschnitte und/oder höhere Abgaben müssen um so schärfer ausfallen, je später

Anpassungsschritte erfolgen. Zudem ist ein kräftiger Anstieg der Gesundheitsausgaben abzusehen. Durch eine Verwendung von Budgetüberschüssen zur Verringerung des gesamtwirtschaftlichen Schuldenstandes – reichlich 60% des Bruttoinlandsprodukts – könnten die erforderlichen Korrekturen gemildert bzw. gestreckt werden. Doch in den USA dreht sich die finanzpolitische Diskussion primär um die Frage, ob die für die nächsten Jahre erwarteten Budgetüberschüsse für eine Erhöhung der öffentlichen Ausgaben oder für eine Senkung der Steuern verwendet werden sollen. Dabei ist die zugrunde gelegte Einnahmenentwicklung mit erheblichen Unsicherheiten behaftet, von den Risiken eines Konjunkturrückfalls – wenngleich wohl kurzfristig nicht wahrscheinlich – ganz abgesehen.

Wenn auch intergenerative Aspekte in der amerikanischen Finanzpolitik weiterhin zu kurz kommen, mit dem Abbau des Defizits im gegenwärtigen Aufschwung hat die Regierung vorerst finanzpolitischen Handlungsspielraum für eine weniger günstige Konjunkturphase zurückgewonnen. Der nächste Abschwung kommt bestimmt, denn die gegenwärtige wirtschaftliche „Traumlage“ von hoher Auslastung der Kapazitäten und ungewöhnlich niedriger Arbeitslosigkeit bei Stabilität ist weniger Ausdruck eines „New Age“. Vielmehr haben vorübergehende, besonders günstige Faktoren wie ein erheblicher Stabilitätsimport dazu beigetragen, daß der Lohn- und Preisanstieg moderat blieb.

Die USA befinden sich budgetpolitisch in einer Situation, wie sie die künftigen EWU-Mitglieder mit dem Stabilitäts- und Wachstumsvertrag anstreben. In Europa wird seine Sinnhaftigkeit indes häufig in Frage gestellt. Aber das ist wohl auch darauf zurückzuführen, daß für die EWU-Aspiranten nach den Kraftakten zur Erfüllung des Defizitkriteriums eine Atempause gefordert wird, ehe sie die nächste Konsolidierungsetappe in Angriff nehmen.